



Im Zürcher Niederdorf könnten künftig viele Läden an sieben Tagen die Woche offen sein – zumindest, wenn es nach Bundesrat Guy Parmelin geht. Bild: Severin Bigler

# Stadt-Land-Graben bei der Frage nach dem Sonntagsverkauf

Der Wirtschaftsminister will, dass Läden in Zentren auch sonntags offen sein können. Das stört kleinere Kantone.

## Stefan Ehrbar

«Switzerland is beautiful, but Switzerland is closed» – «Die Schweiz ist schön, aber geschlossen»: Vor 20 Jahren zitierte der damalige Bündner Ständerat Christoffel Brändli diese Worte eines US-Touristikers, als es im Parlament um die Frage

ging, ob Läden in grossen Bahnhöfen sonntags geöffnet sein dürfen. Die Liberalisierung wurde 2005, ein Jahr später, vom Volk mit 50,6 Prozent Ja-Stimmen hauchdünn angenommen. Ruhe kehrte nicht ein: Die Sonntagsfrage blieb ein Dauerbrenner der Politik.

Bundesrat Guy Parmelin (SVP) plant nun den nächsten Liberalisierungsschritt. Er will den grossen Städten ermöglichen, eng begrenzte Tourismuszon zu definieren, in denen Läden sonntags Personal beschäftigen dürfen. Zurück geht das auf Weibeln der Zür-



cher Regierungsrätin Carmen Walker-Späh (FDP). Sie stört es, dass in Städten sonntags die Läden geschlossen sein müssen, während jenen in Tourismusorten in den Bergen grosszügige Ausnahmen gewährt werden. Dabei ist Zürich nach Anzahl der Hotelübernachtungen die grösste Tourismusdestination der Schweiz, selbst wenn Geschäftsreisende abgezogen werden.

Richtig zufrieden mit dem Entwurf der Revision einer Verordnung zum Arbeitsrecht, den Parmelin nun in die Vernehmlassung geschickt hat, ist allerdings niemand. Er hat ein Liberalisierungsangebot mit Einschränkungen gemacht. So sollen solche Zonen nur in Städten mit über 60 000 Einwohnerinnen und Einwohnern geschaffen werden können, in denen der Anteil der ausländischen Hotelgäste mindestens 50 Prozent beträgt. Derzeit würden nur Zürich, Genf, Luzern, Basel, Lausanne, Bern und Lugano diese Kriterien erfüllen.

Der Kanton Nidwalden etwa lehnt die Änderung in der geplanten Form ab, auch weil sie «interkantonal zu einer Ungleichbehandlung und damit zu unnötigen Konflikten und Wettbewerbsverzerrungen» führen würde. Die **aargauische Industrie- und Handelskammer** fordert Parmelin auf, die Definition «erheblich auszudehnen», damit auch kleinere Städte wie Aarau, Baden oder Bremgarten profitieren könnten.

### Luzern und Zürich offener als Basel und Bern

Auch eine zweite Einschränk-

ung gibt zu reden: Parmelin sieht Sortimentsbeschränkungen vor. Es sollen nur Läden sonntags Angestellte beschäftigen dürfen, die ein Angebot verkaufen, das «auf den internationalen Fremdenverkehr ausgerichtet» – also «überwiegend Luxusartikel, insbesondere in den Bereichen Kleider und Schuhe, Accessoires, Uhren und Schmuck sowie Parfum». Zudem würden zu den Bedürfnissen der Touristen auch Gegenstände wie Reiseführer, Souvenirs, lokale Spezialitäten oder ein «Warenangebot zur Befriedigung der Grundbedürfnisse wie Getränke, Verpflegung und Hygiene» gehören.

Dank dieser Formulierung könnten auch Grossverteiler am Sonntag Personal beschäftigen. Im Einzelfall müssten die Kantone entscheiden. Die Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren will, dass die Vorlage grundlegend überarbeitet wird. Sie bringe unverhältnismässig hohen Aufwand im Vollzug und das Problem der Ungleichbehandlung. Der Kanton St. Gallen schreibt, er unterstütze die Absicht des Bundes zwar, aber der gewählte Weg führe zu «absehbaren Rechtsunsicherheiten». Von einer echten Liberalisierung könne angesichts der rigiden Einschränkungen sowie so nicht gesprochen werden.

Die Stadt Luzern hingegen begrüsst die Änderung mehrheitlich. «Damit werden tourismusstarke Städte den Bergregionen gleichgestellt», schreibt Stadtpräsident Beat Züsli. Er fordert aber, dass nicht die Kantone, sondern die Städte über die Schaffung von Tourismus-

zonen entscheiden sollen.

Ähnlich positioniert sich die Stadt Zürich. «Die Gemeindeautonomie ist zentral», sagt Lukas Wigger, Sprecher des Präsidialdepartements. In der Vergangenheit hatte die links-grüne Stadtregierung die Möglichkeit der Schaffung solcher Zonen begrüsst, auch um den stationären Detailhandel und den Tourismus zu stärken. Ob Tourismus-zonen einen relevanten Beitrag zur Belebung der Innenstädte leisten können, werde sich aber erst noch weisen müssen, schrieb sie im Jahr 2022.

Die beiden anderen Deutschschweizer Städte, die profitieren könnten, winken hingegen ab. So sagte der Berner Stadtpräsident Alec von Grafenried im letzten Jahr zu CH Media, eine Einführung von Tourismus-zonen sei kein dringendes Anliegen und nur in Übereinstimmung mit Sozialpartnern denkbar. Dass diese dafür Hand bieten, würde alle überraschen. Der Kanton Basel-Stadt erachtet Tourismus-zonen als «nicht sinnvoll».

### Banken wollen sonntags offene Läden

Erbitterte Gegner der Liberalisierung sind die Gewerkschaften. Unia-Sprecherin Leena Schmitter sagt, als grösste Gewerkschaft des Verkaufspersonals könne man nicht zulassen, dass die Belastung weiter zunehme. «Die Arbeitszeiten im Verkauf sind jetzt schon sehr dereguliert und belastend», sagt sie. Es werde ein «Maximum an Flexibilität verlangt». Zudem sei die Diskussion trügerisch: Auch bei der Liberalisierung in



den Bahnhöfen habe man mit den Touristen argumentiert. «Aber seien wir ehrlich: Das sind in der Realität Sonntags-Shoppingcenter für die breite Bevölkerung.»

Vielerorts müssten kantonale Gesetze geändert werden, damit Läden in Tourismuszonen sonntags nicht nur Personal beschäftigen, sondern überhaupt öffnen dürften. Während das Arbeitsrecht Sache des Bundes ist, sind für die Ladenöffnungszeiten die Kantone zuständig. Vorgespart hat der Kanton Zürich. Eine Vernehmlassung zu einer Parlamentarischen Initiative von der grünliberalen Kantonsrätin Cristina Cortellini ging vor kurzem zu Ende. Sie soll die Voraussetzungen schaffen, damit in der Zürcher Altstadt, an der Bahnhofstrasse und an der Europaallee die Läden sonntags öffnen könnten, wenn Parmelin seine Liberalisierungs-Absicht durchzieht. Die Antworten zeigen, wie die Frontlinien im Sonntags-Kampf auch auf nationaler Ebene verlaufen dürften.

Unter den Parteien sprechen sich die FDP, die GLP und die SVP für die Liberalisierung aus. Auch Verbände wie Zürich Tourismus, Gastro Zürich, Hotellerieuisse oder die City Vereinigung Zürich unterstützen das Vorhaben – Letztere auch mit dem Argument, dass etwa 50 Prozent der Online-Einkäufe am Sonntag getätigt werden. Logisch ist die Zustimmung durch die IG Detailhandel, die Coop, Denner und Migros vertritt und sich «positive Auswirkungen auf den Detailhandel und die Volkswirtschaft» verspricht. Ins Pro-Lager gesellen sich der Flughafen Zürich und die Stadt Winter-

thur – aber auch der Zürcher Bankenverband, der dem betroffenen Personal eine «angenehmere Arbeitssituation» dank einer «Abnahme der Kundenkonzentration während der Woche» prophezeit. Aus seiner Sicht ist das leicht gesagt: Viele Bankschalter machen schon am Freitag um 16.30 Uhr dicht.